

Gedenktag – Nicht nur 70 Jahre Israel: Ingrid Rumpf erinnert 620 Bundestagsabgeordnete an das Leid der Palästinenser

Blick öffnen für »die andere Seite«

VON PETRA SCHÖBEL

PFULLINGEN/BERLIN. Ein großer Teil der Abgeordneten des Deutschen Bundestags bekommt in diesen Tagen Post von der Vorsitzenden des Vereins »Flüchtlingskinder im Libanon e.V.«, der Pfullingerin Ingrid Rumpf. Aus dem Umschlag werden sie den Katalog über die seit zehn Jahren durch viele Länder wandernde Ausstellung »Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948« ziehen sowie einen Brief, in dem Ingrid Rumpf sich mit ihrem Anliegen an die gewählten Volksvertreter von CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Grünen, Linken und FDP wendet. Der engagierten Frau ist es wichtig, dass über die vielen Feierlichkeiten anlässlich der Staatsgründung Israels vor 70 Jahren nicht vergessen wird, dass dieses Ereignis großes Leid für die Palästinenser bedeutete, die damals im britischen Mandatsgebiet lebten (siehe Box).

620 Briefe hat Ingrid Rumpf, die seit vielen Jahren Vorsitzende des Vereins »Flüchtlingskinder im Libanon« ist, Ende vergangener Woche nach Berlin geschickt. Unermüdlich setzt sie sich dafür ein, die Lebenssituation junger Palästinenser in den Flüchtlingslagern im Libanon zu verbessern, der Verein sammelt Spenden und finanziert damit vor allem soziale Projekte für Kinder und Jugendliche, unterstützt Kindergärten, Gesundheitszentren und vieles mehr.

»Der Blick auf das Leid des palästinensischen Volkes wurde verstellt«

Doch der Verein möchte nicht nur karitativ tätig sein, sondern auch aufklären über das Schicksal der Palästinenser vor siebzig Jahren, das eine maßgebliche Ursache des Nahostkonflikts ist. Deshalb hat Ingrid Rumpf vor zehn Jahren die Ausstellung konzipiert. Und deshalb schreibt sie nun auch die Bundestagsabgeordneten an.

Der Verein halte es für seine Aufgabe, »bei der Öffentlichkeit in Deutschland Verständnis zu wecken für die Anliegen und berechtigten Erwartungen der palästinensischen Flüchtlinge, für ihre Hoffnung auf eine selbstbestimmte und gerechte Zukunft«, schreibt sie im Begleitbrief, der jedem Katalog beiliegt. Weiter heißt es darin: »Unsere historischen Erfahrungen und die aus der Ermordung von Millionen Juden im Nationalsozialismus erwachsende deutsche Schuld haben aus unserer Sicht dazu geführt, dass Politik, Gesellschaft und Medien ganz überwiegend das israelische Verständnis dieses Zeitabschnitts verinnerlicht haben. Dadurch wurde der Blick auf das Leid des palästinensischen Volkes verstellt.« Ingrid Rumpf ist sich im Klaren dar-



Flucht aus Galiläa vor der Gewalt jüdischer Milizen: Rund 800 000 Palästinenser sind 1947/48 aus ihren angestammten Gebieten vertrieben worden. Darauf möchte der Verein »Flüchtlingskinder im Libanon« aufmerksam machen. Foto: Nakba-Ausstellung

über, dass sie mit ihrer Initiative diesen Blickwinkel nicht unmittelbar wird ändern können. Doch sie hofft, dass die Bundestagsabgeordneten vielleicht doch den Ausstellungskatalog anschauen und sich darauf einlassen, auch diese andere Seite der Geschichte wahrzunehmen. »Für mich ist es selbstverständlich, beide Seiten zu betrachten und zu respektieren«, sagt sie. Und ergänzt: »Die Anerkennung des Existenzrecht Israels beinhaltet vieles, was mit anerkannt werden müsste.« Zum Beispiel die bis zum heutigen Tag nicht umgesetzten UN-Resolutionen zur Teilung Palästinas in zwei Staaten oder das Rückkehrrecht der Palästinenser in

ihre angestammten Gebiete. Sie sieht einen offenen Umgang mit dieser Thematik als grundlegend für den Friedensprozess im Nahen Osten an. »Wir sind überzeugt, dass ohne die Kenntnis und ohne eine gebührende Anerkennung dieser Seite des Konflikts Aussöhnung, Gerechtigkeit und Frieden keine Chance haben werden«, heißt es im Brief an die Abgeordneten.

Ingrid Rumpf geht es aber gleichzeitig auch darum, den Blick auf einen Teil der aktuellen deutschen Realität zu schärfen. In der Antisemitismus-Debatte werde derzeit vor allem arabischen Zuwanderern eine grundsätzlich antisemitische Hal-

tung unterstellt, schreibt sie weiter. »Politik und Medien werden nicht müde, das Verständnis dieser Menschen für die deutsche Geschichte einzufordern, was sicher richtig ist, sie verweigern aber gleichzeitig die Beschäftigung mit deren realen historischen Erfahrungen, geschweige denn deren Respektierung«, formuliert sie in ihrem Brief. Und findet deutliche Worte: »Die Wahrnehmung des Nahostkonflikts allein aus der Sicht deutscher Geschichte offenbart einen wenig hilfreichen Horizont. Sie dient weder dem Frieden vor Ort noch dem innergesellschaftlichen Frieden bei uns.«

»Von der AfD ist in dieser Hinsicht kein konstruktiver Beitrag zu erwarten«

Dass solche Aussagen nicht bei allen Adressaten auf Gegenliebe stoßen werden, ist der Pfullingerin bewusst. Sie ist Kritik – bis hin zu offenen Anfeindungen – gewohnt. Die Nakba-Ausstellung hat dort, wo sie gezeigt worden ist, stets für teils heftige Diskussionen gesorgt. Zu sehen war sie bisher an mehr als 100 Orten in Deutschland und fast 50 im Ausland, so zum Beispiel in Frankreich, Luxemburg, Österreich, der Schweiz, Schottland, in den USA sowie im Europaparlament in Straßburg.

Doch die Pfullingerin ist offen für den Dialog mit den Bundestagsabgeordneten. Immerhin würde eine Rückmeldung ihr zeigen, dass ihre Sendung überhaupt wahrgenommen worden ist. Allerdings hat sie darauf verzichtet, den Vertretern der AfD den Ausstellungskatalog samt Anschreiben zukommen zu lassen. »Von der AfD ist in dieser Hinsicht kein konstruktiver Beitrag zu erwarten«, sagt sie. Weshalb sie das Porto lieber sparte.

Heute, am »Tag der Nakba«, könnten die Briefe aus Pfullingen auf den Schreibtischen der 620 Abgeordneten, die sie angeschrieben hat, landen. Ingrid Rumpf ist gespannt, ob sie von irgendeinem eine Reaktion bekommt. (GEA)

DER 15. MAI IST NAKBA-GEDENKTAG

Flucht und Vertreibung der Palästinenser

Mit dem »Tag der Nakba« am 15. Mai wird an die leidvolle Geschichte der Palästinenser erinnert, die eng verknüpft ist mit der Staatsgründung Israels am 14. Mai 1948.

Im November 1947 hatte die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) mit Mehrheit eine Resolution verabschiedet, in der vorgesehen war, Palästina, das unter britischer Verwaltung stand, in einen jüdischen und einen ara-

bischen Staat zu teilen. Diese Resolution wurde jedoch nie umgesetzt. Stattdessen begannen unmittelbar nach ihrer Verabschiedung gewalttätige Auseinandersetzungen, die aufgrund der Überlegenheit der jüdischen Milizen dazu führten, dass etwa die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung, rund 800 000 Menschen, aus ihrem angestammten Gebiet fliehen musste oder vertrieben wurde.

Zum Zeitpunkt der Staatsgründung Israels waren mehr als 200 palästinensische Dörfer und Städte weitgehend entvölkert. Die andere Hälfte musste ihre Heimat im dann beginnenden ersten israelisch-arabischen Krieg verlassen.

Im Dezember 1948 verabschiedete die UN-Vollversammlung eine Rückkehr-Resolution, die ebenfalls nie umgesetzt wurde. Heute leben die meisten Palästinenser in

Gaza, dem Westjordanland oder in den Flüchtlingslagern im Libanon.

In der Ausstellung »Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948« hat Ingrid Rumpf Fakten zusammengetragen, die erklären, wie es zu dieser »Katastrophe« – so die deutsche Übersetzung von Nakba – gekommen war und welche Folgen sie hat. Sie ist seit 2008 an vielen Orten gezeigt worden. (ps)